

UWG fordert Einwohnerversammlung zur Planung Bahnübergang Siemensstraße

Ortsrat und alle weiteren Gremien sollen Entscheidung vorerst aussetzen



Noch sind Fragen offen zum Verfahren, Trassenverlauf und Verkehrskonzept, was die Beseitigung des Bahnübergang an der Siemensstraße betrifft.

Foto: Seitz

Neustadt (dgs). Die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) lässt nicht locker: In der Ortsratssitzung am kommenden Mittwoch, 6. Juli, will sie Bürgermeister Dominic Herbst auffordern, „umgehend“ eine Einwohnerversammlung zum Bahnübergang Siemensstraße durchzuführen und bis dahin alle weiteren Entscheidungen auszusetzen.

Die Aufhebung des Bahnübergangs stelle „eines der einschneidendsten Vorhaben in Neustadt dar“, begründet UWG-Politiker Dr. Harald Wachsmuth den Antrag. Fast jeder Einwohner im

Südenwesten der Stadt sei von der Änderung der Verkehrsführung direkt betroffen. Anfragen von Bürgern hätten deutlich gezeigt, dass es großen Informationsbedarf gebe. Wie berichtet, hält die Stadtverwaltung den Bau einer Radfahrer- und Fußgängerunterführung an dieser Stelle für nicht umsetzbar. Statt eines Tunnels soll eine Straße den gesamten Verkehr mit Brückenquerung der Bahn in Höhe des ehemaligen Autohauses auf die Wunstorfer Straße führen. Die UWG wirft der Bauverwaltung vor, die vom Rat im Dezember 2020 geforderte „umfassende

Variantenbetrachtung“ nicht mit der „fachtechnisch gebotenen Gründlichkeit und Kreativität“ geprüft zu haben.

So gibt es laut Wachsmuth aktuell ein vergleichbares Bauvorhaben der Deutschen Bahn in Sarstedt, bei dem durch unterschiedliche Höhen der Trassen von Kfz- und nichtmotorisiertem Verkehr beide Verkehrsarten in einem Unterführungsbauwerk unter Berücksichtigung der notwendigen Steigungen vereinigt sind, und zwar auf relativ kurzem Wege.

Inzwischen hätten auch der Elternrat der Hans-Böckler-Schule sowie möglicherweise betroffene Unternehmer Bedenken angemeldet, berichtet Wachsmuth weiter. „Für das seit Jahrzehnten komplexeste Bauvorhaben in der Stadt muss Zeit vorhanden sein, das Projekt auch Fachkundigen zu erläutern und die

Bürgerschaft zu informieren“, tritt Wachsmuth allen Zeitdruckargumenten entgegen. Er empfiehlt, auch für die Beseitigung der übrigen Bahnübergänge zeitnah Einwohnerversammlungen - und zwar nicht virtuell - durchzuführen. „Dort kann der Sachstand, den die DB Netz AG kürzlich online bekannt machte, vorgestellt werden“, erschlägt die UWG, die nach der letzten Ortsratssitzung mit großem Andrang rechnet.

Man müsse die Menschen bei Projekten mit solcher Tragweite mitnehmen, ist Wachsmuth überzeugt. Er will den Antrag der UWG am Mittwoch im Ortsrat kurz erläutern und hofft auf Unterstützung der anderen Fraktionen. „Es wird spannend“, ist er überzeugt. Die öffentliche Sitzung beginnt um 18.30 Uhr im Veranstaltungszentrum Leinpark an der Suttorfer Straße.

Heidelbeerplantage
Direkt am Gartencenter
Café
Selbstpflücker herzlich willkommen!